



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 149. Ratssitzung vom 9. Juli 2025

4869. 2025/219

Dringliches Postulat der Grüne-, SP- und AL-Fraktion vom 04.06.2025: Humanitäre Situation in Gaza, Beitrag zur Linderung der Not der Bevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Martin Busekros (Grüne)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4674/2025): Es gibt aktuell kein Thema, das die Bevölkerung tiefer bewegt als das menschliche Leid in Gaza. Niemanden lassen diese Bilder kalt. Aber es ist nicht nur das Leid, das uns schmerzt. Wir haben gelernt, dass es Menschenrechte für alle gibt, ein humanitäres Völkerrecht, einen internationalen Strafgerichtshof, ein Rotes Kreuz, hinter denen alle stehen. Jetzt erleben wir, wie diese Werte und Institutionen mit Füßen getreten werden und viele Regierungen schweigen. Wir sehen seit zwei Jahren in Echtzeit ein in der heutigen Welt unvorstellbar geglaubtes Leid. Wir fühlen uns dabei machtlos und schuldig, weil nichts, was wir in Zürich machen können, im Angesicht dieses Leids und der Verbrechen genug sein kann. Aber wir müssen uns dem widersetzen. Stellen wir uns mit Menschlichkeit gegen Kriegsverbrechen, mit Solidarität gegen Spaltung und mit Mut gegen das Leid. Spenden wir humanitäre Hilfe gegen Hunger und Not. Ich bitte euch, die Menschen in Gaza so zu unterstützen, wie wir das in Blatten machen würden. Spenden wir humanitäre Hilfe, die die notleidenden Menschen erreichen muss. Spenden wir Geld und Solidarität, leisten wir Widerstand – im Wissen, dass es nicht genug sein kann.*

***Stefan Urech (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Beim letzten Vorstoss hiess es, es gebe kein Thema, das die Stadt Zürich so bewege wie die Wohnungsnot. Jetzt stimmt das anscheinend nicht mehr, vielmehr sei es Gaza. Wieso bewegt genau diese Krise so? Eine Hungersnot in Afghanistan oder Jemen bewegt nicht gleich. Wieso sollen wir schon zum zweiten Mal Geld in diese Region schicken? Das letzte Mal wurden über 300 000 Franken an eine Organisation gespendet, die von der Hamas unterwandert ist. Diesmal wurde diese Organisation nicht im Postulat genannt. Das spricht Bände. Wieso interessiert euch Gaza so sehr und keine der anderen Kriegssituationen in Afrika, wo Muslime auf Muslime losgehen?*



Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): *Zahlreiche Kriege und Konflikte haben immens viele Opfer gefordert: der äthiopische Bürgerkrieg, Drogenkriege in Lateinamerika, die muslimischen Reiter im Sudan, die die Bevölkerung niedermetzeln. Die sudanesischen Opfer kümmern den Gemeinderat nicht. Sind diese Menschen weniger wert als die Menschen in Gaza? Aber sobald Juden involviert sind, wird Kritik geäussert. Zudem wird die Perversion der Hamas gezielt ignoriert. Die Hamas handelt absichtlich so: Sie versteckt sich unter Spitälern und stationiert ihre Kämpfer in Tunneln. Ohne Israel wäre Gaza übrigens nichts. Israel liefert Essen, Strom und Wasser dorthin. Israel hat in den letzten Jahrzehnten einen modernen, hocheffizienten Staat entwickelt, der sehr viele Innovationen im Wirtschaftsbereich hervorbringt und wo sich Schwule offen zeigen können. Homosexuelle in Gaza werden erschossen. Als der Überfall auf Israel stattfand, gab es in Gaza Jubelschreie. Todesopfer und Vergewaltigungen wurden bejubelt. Die Hamas zählt darauf, dass vor allem linke Parteien in Europa ihre Propaganda weiterführen. Israel hat die Hamas schon lange ausgehalten. Irgendwann reicht es und ein Staat muss sich verteidigen. Das Dreckige ist, dass so viele unschuldige Kinder leiden, die nichts dafür können und es ganz viele Tote gibt. Als Aussenstehender will man schreien: «Findet eine friedliche Lösung, eine vernünftige Zweistaatenlösung.» Aber für die Hamas-Faschisten gibt es nur etwas: Vernichtung von Israel. In Gaza gibt es weder Wirtschaft noch Bildung. Es gibt nur die Ideologie der Vernichtung des jüdischen Staates. Israel hat in den letzten Jahrzehnten sehr viel geleistet und ist ein stolzer, freiheitlicher Staat, der die Unterstützung des Westens braucht und sie Gott sei Dank auch bekommt. Die SVP steht hinter Israel.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Die Grundstimmung meiner Fraktion bezüglich dieses schwierigen Konflikts habe ich letzte Woche in einem Interview mit der israelischen Soziologin Eva Illouz in der NZZ wiedererkannt. Sie sagt dort ziemlich klar, dass es kein Widerspruch ist, sowohl für das Existenzrecht Israels und das Recht auf Selbstverteidigung im Fall eines Angriffs zu sein, als auch für das Selbstbestimmungsrecht von Palästinenserinnen und Palästinensern einzustehen. Sie erinnert uns daran, dass man den Krieg, die aktuelle israelische Regierung und die humanitäre Situation sehr wohl kritisieren soll. Gleichzeitig solle man nicht vergessen, dass es eben auch andere Konflikte gibt. Wir wissen, dass im Kongo oder Sudan schwere humanitäre Krisen herrschen. Zudem sagt Eva Illouz, und das finde ich wirklich sehr wichtig, dass den Stimmen zu wenig Gehör verschafft wird, die sich gemeinsam für das Ende dieses grauenvollen Konflikts einsetzen. Ich muss die SVP daran erinnern, dass es nicht hilfreich ist, andere als Faschisten zu bezeichnen. Wenn wir in diesem Schwarz-Weiss-Denken verharren, kommen wir keinen einzigen Schritt weiter. Die Bilder aus Gaza lassen uns nicht unberührt. Auch wir nehmen die Berichterstattung mit Sorge zur Kenntnis. Zum Beispiel hat UNICEF im Jahresbericht gesagt, dass in Gaza seit Anfang 2025 im Durchschnitt 112 Kinder pro Tag mit akuter Mangelernährung hospitalisiert werden. Was die Stadt jetzt beitragen kann, um etwas an der Situation zu verbessern, weiss ich nicht. In der Regel – das haben wir von der GLP schon in der Vergangenheit gesagt – sehen wir den Bund bei komplexen internationalen oder humanitären Krisen in der Hauptverantwortung. Trotzdem haben wir uns*



in der Vergangenheit bei Vorstössen im Gemeinderat je nach vorgeschlagener Lösung dafür ausgesprochen, dass Zürich als Akt der Mitmenschlichkeit Nothilfe leisten soll.

Tanja Maag (AL): *Die SVP wird es nicht schaffen, uns dazu zu bringen, eine Krise gegen die andere auszuspielen. Wenn die SVP anders gewichten will, soll sie Vorstösse einreichen, die Frauen in Afghanistan unterstützen oder Nothilfe im Sudan leisten. Wir finden es gut, dass in diesem Parlament erneut ein Aufruf an den Stadtrat stattfindet, so schnell wie möglich einen substanziellen Beitrag zur Linderung der unvorstellbaren Not in Gaza zu leisten. Man könnte auch seinen Einfluss in Bundesbern geltend machen. Es ist nämlich nicht zu fassen, wie viel Aufforderung unsere Landesregierung braucht, um ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und Israel Einhalt zu gebieten. Handeln wir darum einmal mehr als Stadt Zürich. Es ist unsere menschliche Pflicht, wenigstens innerhalb unserer Möglichkeiten, die Not ein bisschen zu lindern. Als Schlussbemerkung: Offenbar hat die Stadt Zürich erst kürzlich auch Geld für den Sudan gesprochen.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Wir haben in der Stadt Zürich eine Verordnung über die humanitäre Hilfe im In- und Ausland. Es ist unbestritten, dass die humanitäre Situation in Gaza katastrophal ist. Der Stadtrat kann im Rahmen dieser Verordnung in solchen Situationen Geld sprechen. Ich masse mir nicht an abzuschätzen, ob es im Moment möglich ist, eine anerkannte, unparteiische, unabhängige und neutrale Hilfsorganisation im Gazastreifen zu finden. Das haben wir beim Vorstoss zur UNRWA kritisiert und ihn deswegen abgelehnt. Hier steht nun nichts von einer Organisation. Es ist ein Aufruf an den Stadtrat, im Rahmen seiner Kompetenz und des Budgets für humanitäre Hilfe Geld zu sprechen.*

Selina Walgis (Grüne): *Bei der letzten Budgetdebatte haben die Grünen sich dafür eingesetzt, dass es eine Verdopplung der humanitären Hilfe gibt. Das war dank der linken Ratshälfte erfolgreich. Darum überraschen mich die Voten der SVP, die unseren Antrag damals nicht unterstützt hat. Man hegt den Verdacht, dass sie dem Sudan gar nicht helfen wollen. Abgesehen davon hat der Stadtrat mit Beschluss vom 21. Mai 2025 eine Million Franken eingesetzt, unter anderem für den Libanon, den Sudan und den Südsudan. Es wäre schön, wenn wir in Zukunft an einem Strang ziehen und die humanitäre Hilfe etwas grösser denken könnten. Bei diesem Thema ist es wichtig, dass man die Verantwortung nicht abschiebt und annimmt, dass der Bund seine Pflicht tue. Wir stehen auch in der Verantwortung, gerade dort, wo der Bund zu wenig macht. Das ist hier der Fall. Darum muss die Stadt Zürich zeigen, dass sie es mit den Menschenrechten ernst meint.*

Severin Meier (SP): *Es hat mich befremdet, dass FDP und SVP der Dringlichkeitserklärung nicht zugestimmt haben. Dringlichkeit und die materielle Behandlung sind zwei verschiedene Sachen. Man kann gegen einen Vorstoss sein, aber trotzdem anerkennen, dass er dringlich ist. Vielleicht kann uns noch jemand von der FDP oder SVP erklären, warum sie die humanitäre Not in Gaza nicht für dringlich halten. Stefan Urech (SVP) hat die berechnete Frage gestellt, wieso es um Gaza und nicht den Sudan oder eine andere Krise geht. Einerseits wurden von der Stadt im Mai dieses Jahres 444 000 Franken für humanitäre Hilfe für den Sudan gespendet, also brauchen wir kein Postulat dafür. Aber*



es hat sicher auch einen tieferen Grund. Warum sind wir in Zürich und allgemein in Europa so stark von dieser humanitären Krise betroffen? Warum trifft uns das mehr als die humanitäre Krise im Sudan? Das ist eine berechtigte Frage. Jedes Menschenleben ist logischerweise gleich viel wert. Aber ich denke, der Grad der Betroffenheit hängt damit zusammen, dass wir als Schweiz wirtschaftliche Beziehungen mit Israel haben, aber uns auch sonst verbunden oder ähnlich fühlen. Wir kaufen zum Beispiel bei israelischen Rüstungskonzernen, die in Gaza sehr stark aktiv sind. Wir haben ein Freihandelsabkommen mit Israel. Wir haben als Demokratien und Rechtsstaaten ähnliche politische Werte. Aber es hängt auch irgendwie damit zusammen, dass die humanitäre Katastrophe in Gaza nicht als Nebenprodukt eines Krieges geschah, sondern eher verhinderbar wirkt, zumindest mehr, als es in anderen Konflikten möglich wäre. Das macht uns so betroffen. Und ich glaube, wenn das humanitäre Völkerrecht von einem Staat so stark mit Füßen getreten wird wie von Israel oder der rechtsextremen Regierung Netanyahu, dann fragt man sich vielleicht, ob die Schweiz das auch könnte. So geht uns der Konflikt einfach nahe. Was Samuel Balsiger (SVP) gesagt hat, ist völlig falsch. Man kann die Hamas nicht mit der Bevölkerung in Gaza gleichsetzen. Die Bevölkerung in Gaza wird von der Hamas unterdrückt. Es ist eine Terrororganisation, die gar niemanden in irgendeiner Weise verteidigt und die der Vorstoss auch nicht unterstützen will. Hier bitte ich um Differenzierung. Die Bevölkerung von Gaza hat auch gegen die Hamas demonstriert, Leute riskierten ihr Leben dafür. Was ich bei der SVP auch nicht verstanden habe: Sie sagen, es sei eine selektive Auswahl humanitärer Hilfe und darum lehnten sie ab. Wollen Sie eine breitere humanitäre Hilfe? Ich bin froh, dass die Stadt Zürich versucht zu helfen und ein Zeichen setzt, indem sie etwas Kleines gegen diese schreckliche humanitäre Krise tut.

Martin Busekros (Grüne): *Der heutige Dialog ist schwierig. Ich schätze die Diskussion bisher sehr. Denn wenn wir diesen schwierigen Dialog nicht führen können, wie können wir erwarten, dass es die Kriegsparteien schaffen? Den Dialog braucht es, um Frieden zu erreichen. Da sind wir uns mit der SVP einig: Es muss Frieden geben, damit die palästinensische und israelische Zivilbevölkerung nicht mehr leiden müssen und Nothilfe von unserer Seite nicht mehr nötig ist. Ein anderes Thema, das die SVP angesprochen hat: Gleichzeitig finden andere Konflikte statt, aufgrund derer Menschen Not leiden. Das schmerzt mich auch. Ich habe mich für dieses Postulat eingesetzt und nicht gleichzeitig eines für den Kongo organisiert, weil mir der Staat Israel und seine Kultur näher sind und ich mich eher damit identifizieren kann. Israel hat eine Pride, wir führen enge Beziehungen mit dem Land. Darum tut es auch so weh, dass ein solcher Krieg so nahe an unserer Realität stattfinden kann. Genauso schlimm ist es, wenn auf nationaler Ebene Mittel für die globale Friedensförderung und Entwicklungshilfe gestrichen werden. Diese Mittel sind es, die verhindern, dass Menschen fliehen müssen, weil der Krieg und das Leid sie dazu zwingt, ihre Heimat zu verlassen. Es ist richtig, dass wir versuchen, allen auf der Welt zu helfen, auch wenn uns natürlich klar ist, dass Zürich nicht jedem Menschen helfen kann.*

Ronny Siev (GLP): *Danke für diese spannende Diskussion. Viel des Gesagten stimmt, vieles nicht. Man muss sicher sagen, dass die Hamas am 7. Oktober 2023 brutal vorging und genau wusste, dass sie mit ihrem Handeln eine humanitäre Katastrophe auslösen würde. Die Hamas hat so gehandelt, damit genau das nun herrschende Leid ausgelöst*



wird, um wiederum die Bilder und Gefühle zu vermitteln, die sich nun verbreiten und hier im Rat geäussert wurden. Zur humanitären Hilfe: Letztes Mal hat die Stadt Zürich der UNRWA Geld geschickt. Ein Teil dieses Geldes ist garantiert bei der Hamas gelandet, also bei Massenmördern, Vergewaltigern und Geiselnemern. Das geht einfach nicht. Damit spreche ich vor allem den Stadtrat an. Wenn wir Geld sprechen, müssen wir sichergehen, dass es an Organisationen geht, die nicht mit der Hamas zusammenarbeiten.

Samuel Balsiger (SVP): Die SP hat gefragt, wieso wir den Antrag auf Dringlichkeitserklärung nicht unterstützt haben. Die Antwort ist einfach: Es ist nicht richtig, dass wir im Parlament den Hass, der dort unten herrscht, auch verbreiten. Die städtische Politik sollte uns kümmern. Das Problem dort unten können wir nicht lösen, geschweige denn jemanden retten. Überhaupt wird nichts bewirkt, ausser uns zu spalten. Darum lehnen wir das Anliegen ab. Ihr wollt etwas Gutes tun und euch gut fühlen. Aber es ist nicht in Ordnung, das Leid anderer für unnütze Massnahmen zu verwenden, damit ihr besser schlafen könnt. Wer wirklich helfen will, schickt Geld an die US-Armee. Diese bringt Hilfslieferungen nach Gaza, nicht die SP, UNRWA oder die Stadt Zürich. Dass die Linken das nicht verstehen, zeigt, wie uninformiert sie sind. Zudem schwingt ein antisemitischer Unterton mit, der sich bei den linken Demonstrationen und in der Zentralwäscherei zeigt. Erstere sind von arabischen Einflüssen geprägt, die ihren Judenhass nicht abschütteln können. Vielleicht macht Israel es richtig: Sie räumen auf und das Problem ist gelöst.

Michael Schmid (FDP): Wir haben den Antrag auf Dringlichkeitserklärung nicht unterstützt, weil der Wunsch des Postulats aus unserer Sicht bereits erfüllt ist. Der Stadtrat hat am 31. Januar 2024 an die Glückskette 100 000 Franken zugunsten der Zivilbevölkerung von Gaza gesprochen. Ebenfalls hat er im Rahmen seiner Kompetenz am 14. November 2024 jeweils 100 000 Franken an Médecins du Monde und Terre des Hommes gesprochen. Diese drei Zahlungen waren aus Sicht der FDP-Fraktion richtig. Der Stadtrat hat auch 380 000 Franken an die UNRWA gesprochen. Das halte ich für widerrechtlich, weil damit in die ausserpolitischen Kompetenzen der Eidgenossenschaft eingegriffen wurde und diese Handlungskompetenz nicht im Rahmen der kommunalen Rechtsgrundlagen liegt. Dazu ist bekanntlich noch ein aufsichtsrechtliches Verfahren hängig. Die Debatte heute Abend hat gezeigt, dass es vielen Linken nicht um humanitäre Hilfe geht, sondern um eine unzulässige, neutralitätswidrige Einmischung in die Aussenpolitik. Hier sind heute Sätze gefallen wie «Wir müssen Israel Einhalt gebieten!» und «Die rechtsextreme Regierung von Israel tritt das humanitäre Völkerrecht mit Füßen.» Niemand hat erwähnt, was die Terroristen der Hamas vom Völkerrecht halten oder dass sie die noch lebenden Geiseln befreien sollen. Damit könnten sie den Irrsinn in Gaza sofort beenden.

Stefan Urech (SVP): Dem gibt es nichts mehr hinzuzufügen.

Das Dringliche Postulat wird mit 80 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat